

---

## EXPERTENBEITRAG 1:

### PROJEKTBERICHT „SOLIDARITÄTSNETZ“: GEMEINDEN BRAUCHEN NETZWERKE GEGEN RASSISMUS UND RECHTSEXTREMISMUS

*Urs Urech, Soziokultureller Animator und Projektleiter  
„Solidaritätsnetz“ von NCBI*

#### PROJEKTIDEE

In vielen Gemeinden fühlen sich die Behörden mit der Thematik der Fremdenfeindlichkeit und des Rechtsextremismus allein gelassen und wissen oft nicht, wie sie auf rassistische Vorkommnisse und rechtsradikale Jugendliche reagieren sollen. Rechtsradikale (Jugend-) Gruppierungen und fremdenfeindliche Stimmungsmacher halten sich nicht an Dorf- oder Kantonsgrenzen und nutzen manchmal sogar diese Freiräume für ihre Aktivitäten oder Übergriffe.

Eine regionale Vernetzung und der Informationsaustausch unter den Behörden sind nötig für die wirksame Entgegnung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Strategien, die auf Einzelpersonen zielen (fremdenfeindliche Täter) greifen oft zu kurz, wenn gruppenspezifische Prozesse in der Gemeinde laufen. Oft ist es zu schwierig, die Täter einzeln zu identifizieren und zu bestrafen. Was nötig ist, ist ein aufsuchender Arbeitsansatz der Gemeinwesenarbeit. Die betroffenen Jugendlichen sollen nicht stigmatisiert werden, weil das ihre Haltung oft zementiert – aber ihre Bezugspersonen (Eltern, LehrerInnen, JugendarbeiterInnen, Behörden) sollen ermutigt werden, nicht wegzuschauen.

Die positiven Kräfte in der Gemeinde können mobilisiert und die schweigende Mehrheit zu konstruktiver Solidarität gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus bewegt werden. Um diese kontroversen und heissen Themen in der Gemeinde und an Schulen anzusprechen und zu thematisieren, brauchen die lokalen Behörden Unterstützung von Fachleuten. Diese sollen über die regionalen Besonderheiten Bescheid wissen, aber nicht dorfsässig oder persönlich mit den Institutionen verbunden sein.

Um diese Lücke zu füllen, bietet die Fachstelle „Solidari-

tätsnetz“ von NCBI<sup>1</sup> den Gemeinde- und Schulbehörden Beratung, Weiterbildung und Begleitung für ihre konzeptuelle und praktische Präventionsarbeit gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

#### PROJEKTZIELE

Behörden finden Unterstützung für Interventionen, für die Begleitung der Opfer, für Nachbearbeitungen von rassistisch motivierten Gewalttaten und für den Umgang mit rechtsradikalen Jugendlichen.

Lokale Behörden lancieren Präventionsprojekte. Lokale Kontaktpersonen wirken als Anlaufstelle für die Präventionsarbeit gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Sie finden Unterstützung und Beratung bei NCBI für ihre Arbeit und sind mit der Polizei, dem Jugendamt, der Jugendanwaltschaft und der Jugendarbeit regional vernetzt. Gemeinde, Kirchen, Schulen, Wirte und Vereine setzen sich für den Abbau von Fremdenfeindlichkeit und gegen Rassismus ein.

Gemeinde-, Kirchen- und Schulbehörden werden auf Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus sensibilisiert. Die lokalen Anlaufstellen koordinieren die Präventionsarbeit im Gemeinwesen und in den Schulen mit Begleitung der Fachstelle „Solidaritätsnetz“ von NCBI.

#### PROJEKTAKTIVITÄTEN UND ZIELGRUPPEN

Weiterbildungskurse zum Aufbau von regionalen Netzgruppen:

Die lokalen Kontaktpersonen (GemeinderätInnen, SchulpflegerInnen, JugendarbeiterInnen) werden ausgebildet und begleitet zur Koordination der Präventionsprojekte. Sensibilisierungsprogramme und lokale Präventionsprojekte: Zur Entgegnung von Fremdenfeindlichkeit und

---

1) Das National Coalition Building Institute ist ein Verein, der sich engagiert gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt mit Sitz in Thalwil und Sektionen im Aargau, in Basel, Bern, St. Gallen, Zürich, in der Romandie und in der Zentralschweiz. Weitere Informationen über NCBI siehe [www.ncbi.ch](http://www.ncbi.ch).

Rechtsextremismus (Jugendgruppen, Berufsschulklassen, LehrerInnenteams, Schulklassen, Eltern) werden viele Gruppen aktiviert.

## PROJEKTBLAUF

Wir suchen lokale Kontaktpersonen, die in ihren Gemeinden als niederschwellige Anlaufstellen für die Opfer und ZeugInnen von fremdenfeindlicher Gewalt dienen und in ihrer Gemeinde Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus setzen wollen. Wir bieten den Kontaktpersonen Weiterbildungen und Austauschtreffen an, um sie zu ermutigen und zu befähigen, sich gegen Fremdenfeindlichkeit einzusetzen und auch in heiklen Situationen konstruktiv und handlungsbereit zu sein. Diese Kurse beinhalten:

- Sensibilisierung auf Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus
- Auseinandersetzung mit den Vorurteilen gegenüber anderen Gruppen und Fremden
- Sensibilisierung auf Gewalt und Reflexion der verschiedenen Gewaltperspektiven
- Fertigkeiten für gewaltfreie Konfliktlösung und den Abbau von Vorurteilen
- Austausch über lokale Vorkommnisse von fremdenfeindlicher Gewalt und Rassismus
- Unterstützung und Begleitung von Opfern und weiteren Betroffenen
- Vermittlung von Projektideen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus
- Projektbegleitung und Fachberatung für lokale Präventionsprojekte
- Vernetzung regionaler Präventionsangebote

Gemeinsam mit den Kontaktpersonen planen und leiten wir von der Fachstelle „Solidaritätsnetz“ Präventions- und Interventionsprojekte für Erwachsene und Jugendliche in Gemeinden, Jugendtreffs, Kirchen, Schulen und Vereinen. Durch die Arbeit mit den Kontaktpersonen bauen wir regional ein Netzwerk gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus auf. In den regionalen Netzgruppen werden beispielsweise:

- Interventionen unter Mithilfe der Polizei besprochen und initiiert
- Massnahmen und Strafen für straffällig gewordene,

rechtsradikale Jugendliche besprochen

- Gesprächsrunden für betroffene Eltern organisiert und ausgeschrieben
- Meldestellen für Opfer und ZeugInnen von rassistisch motivierter Gewalt und Fremdenfeindlichkeit geschaffen
- Informationsabende veranstaltet um die Öffentlichkeit auf die Themen „Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus“ zu sensibilisieren.

Interkulturelle und interreligiöse NCBI-Kursleitungsteams gestalten wir in der Folge im Auftrag der regionalen Netzgruppen (Gemeindebehörde, Schulleitungen und Vereinsvorstände), Informationsveranstaltungen und Kurse, um in verschiedenen Zielgruppen Zivilcourage aufzubauen und konstruktive Aktivitäten zu planen. Die Kurse dauern in der Regel einen Tag für Jugendliche oder zwei Abende für Erwachsene. Die Kurse thematisieren mit verschiedenen Methoden und Übungsanliegen:

- den Abbau von Vorurteilen
- die Wirkung von Rassismus und Antisemitismus
- Zivilcourage: Trainieren von Fertigkeiten, um die TeilnehmerInnen darin zu bestärken, zukünftig vermehrt bei verbalen, fremdenfeindlichen Angriffen einzugreifen
- Informationen über regionale Meldestellen und Hilfsangebote

## ERFAHRUNGSBERICHT

Wir haben mit Unterstützung vom EDI (Fonds für Menschenrechte und zur Bekämpfung von Rassismus) seit 2001 im Kanton Aargau 4 lokale Präventionsprojekte in total 30 Gemeinden begleitet und aufgebaut. Ein Projekt läuft eigenständig mit regionaler Netzgruppe und einer Hotline für ZeugInnen und Opfer von Gewalt und Rassismus, ein Projekt wurde abgebrochen und zwei Projekte sind in der Startphase. Es folgen anonymisierte Berichte über die Projekte und unsere Erfahrungen. Wir haben vieles über die Präventionsarbeit von Rassismus und Rechtsextremismus im Gemeinwesen gelernt.

## PROJEKTUMFELD UND -INITIANTINNEN

Die lokalen Projekte befinden sich in Randgebiete vom Kanton Aargau (was für viele Regionen in diesem Kanton zutrifft) und umfassen kleine Dörfer, mehrheitlich katholische Gebiete mit wenig Fachstellen und unterbesetzte oder nicht vorhandene Sozialstellen. Die Behörden, die Kirchen und die Schulpflege haben neben den Vereinen und Beizen eine wichtige Stellung. Die politische Stimmung und das Klima sind oftmals rechtslastig und fremdenfeindlich und die Trennung von Einheimischen und "Alteingesessenen" oder Fremden und „Zugezogenen" ist strukturell ersichtlich und spürbar in Schulen, Wohngebieten, Vereinen und Restaurants. Die sozialen Verantwortungsträger sind oftmals progressiver als die Bevölkerungsmehrheit. In vielen Gemeinden sind die Behörden durchmischt mit Einheimischen und Zugezogenen, welche häufig lokale Präventionsprojekte gegen Gewalt und Rassismus initiieren, auch in den hier beschriebenen Projekten. Die eigene Betroffenheit als „Eingewanderte" bewirkt vielfach eine Offenheit für die Interkulturalität, für den sozialen Wandel, sowie eine erhöhte Sensibilisierung für Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Behördenmitglieder sind häufig selbst Opfer oder ZeugInnen von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

### THESE 1

Behördenmitglieder sind auch Betroffene. Sie sind Adressatinnen und Akteure in einem Projekt der Gemeinwesenarbeit. Ihre Betroffenheit kann viel zu ihrer Motivation und ihrem Engagement beitragen.

Beispiele: Die lokalen Kontaktpersonen aus Gemeinde und Schulbehörden, Jugendarbeit und Elternvereine treffen sich mit mir für eine erste Sitzung zur Situationsaufnahme und Auftragsklärung. In der ersten Austauschrunde über die eigene Motivation, sich an einem Projekt gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zu beteiligen, berichten viele Anwesenden über ein persönliches Erlebnis von Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit (verbal und tätlich). Bei vielen Behördenmitgliedern sind auch weitere Familienmitglieder betroffen. In einer anderen Gemeinde spricht der Gemeindepräsident (selbst ein zugezogener, Sohn eingebürgerter Italiener)

öffentlich über die fremdenfeindlichen, rechtsradikalen Sprayereien an seiner Hauswand und unterstützt die Projektidee.

### THESE 2

Die lokalen Projekte brauchen die Unterstützung und öffentliche Rückendeckung der einheimischen Behördenmitglieder und MeinungsmacherInnen, um lokal verankert und getragen zu werden.

Beispiele: Der Chef Samichlaus der katholischen Kirchgemeinde meldet sich besorgt beim Pfarrer und bei weiteren Gemeindemitgliedern betreffend den rechtsradikalen Äusserungen einiger Schmutzlis und nimmt selbst an der ersten Projektgruppensitzung teil. In einer benachbarten Gemeinde nehmen die beiden SVP Gemeinderäte an einem Informationsabend öffentlich Stellung gegen Rechtsextremismus und befürworten das Projekt. Der Ortspolizist informiert über die straffällig gewordenen rechtsradikalen Jugendlichen in der Gemeinde und erläutert die kantonalen Massnahmenpakete. Die Informationen und Kollekte in der ortsansässigen Klosterkirche steigert den Bekanntheitsgrad mehr als die veröffentlichten Zeitungsartikel. In einer weiteren Gemeinde in einem anderen Kantonsteil haben 4 von 5 Gemeinderatsmitgliedern viel Verständnis für die jugendlichen Rechtsradikalen und finden es sei an der Zeit, dass sich diese zur Wehr setzten gegen die Ausländerbanden – was zum sofortigen Projektabbruch in dieser Gemeinde führt.

Projektausgangslage: Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus treten auf verschiedene Weisen auf. Jugendliche tragen oft auf die Strasse was viele Erwachsenen und manchmal die eigenen Eltern ebenfalls befürworten. In vielen Gemeinden ist die öffentliche Grundstimmung rassistisch und fremdenfeindlich. Nach vereinzelt, rassistisch motivierten Gewaltvorfällen oder Androhungen, reagieren besorgte Erwachsene und holen Hilfe, während sich die Stimmung unter den Jugendlichen verschärft in eine Polarisierung in verschiedene Gruppen (rechts/links oder SchweizerInnen/MigrantInnen) und sich in einer zunehmenden Gewaltbereitschaft äussert.

### THESE 3

Rechtsradikale Handlungen sind nicht isoliert vom Gemeinwesen zu betrachten und schon kleine Anzeichen von Rechtsradikalismus sollen engagiert und konstruktiv aufgegriffen und entgegnet werden.

Beispiele: Eine Gruppe von schweizer Jugendlichen (Knaben, Patrioten mit Kurzhaarfrisur und Bomberjackets mit aufgenähten schweizer Kreuzen) sperrt den Radweg zwischen den Dörfern. Freien Durchgang erhalten nur Jugendliche die sich als SchweizerInnen ausweisen können. Nach Flugblattaktionen von rechts und links (Nationalistische Front und Jungsozialisten) bilden die betroffenen Lehrkräfte eine Arbeitsgruppe, holen Beratung und Weiterbildungskurse bei der Fachstelle „Solidaritätsnetz“, und planen Präventionskurse mit NCBI in den Oberstufenklassen.

In einem anderen Dorf hat die Gruppe der Patrioten alte Feuerwehruniformen aufgekauft und mit Hakenkreuzen ausgerüstet. Die Ausländer und die Patrioten benutzen getrennte Schulhauseingänge und die Stimmung am Dorffest ist geladen. Die betroffenen LehrerInnen holen ebenfalls Beratung und Weiterbildungskurse bei NCBI um zu intervenieren.

In einer weiteren Region benutzen die jugendlichen Rechtsradikalen und Patrioten den Jugendtreff, was viele anders denkende Jugendliche verängstigt und vertreibt. Die Jugendarbeiterin fühlt sich überfordert mit der Situation und die Jugendhauskommission informiert die Trägerschaft, welche aus fünf verschiedenen Gemeinden besteht. Die Situation im Jugendtreff kann durch eine Intervention geklärt werden (siehe unter Beispiele 5) aber in der gemeinsamen Aussprache und Auftragsklärung mit mir und den Behörden findet die Projektidee keine Unterstützung bei den Gemeinderäten. Die vorübergehende Schliessung vom Jugendtreff wird angekündigt und die Bearbeitung der Thematik wird der Jugendarbeiterin und den betroffenen Schulen überlassen.

Regionale Arbeitsgruppe der Behörden: Die gemeinsamen Informations- und Koordinationssitzungen mit VertreterInnen aus verschiedenen Behörden, Fachstellen, Polizei und Vereine sind wesentlich für die Förderung des Projektes und zur Sensibilisierung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Viele der betroffenen Eltern auf der Opfer- sowie auf der Täterseite wollen sich nicht im Dorf exponieren oder sind dies bereits und

wünschen in Ruhe gelassen zu werden. Vieles, was unter den Jugendlichen bekannt ist und die Runde macht, wird häufig den Erwachsenen verschwiegen. Viele Erwachsene sind verunsichert über die Provokationen und haben wenig Informationen über Jugendkulturen, Gewaltpotentiale und rechtsradikales Gedankengut. Die Mobilität der Jugendlichen und die spontane, nicht langfristig organisierte Form der Jugendgruppen und Treffpunkte bieten Raum und Gelegenheit für Übergriffe und Gewaltvorfälle. Die Vernetzung unter den Behörden, Fachstellen und der Polizei sowie die Vernetzung zwischen diesen und der Öffentlichkeit (Eltern, Vereine, Kirchgemeinden, Jugendhaus) bilden ein tragfähiges Netzwerk für Interventionen und Präventionsprojekte.

### THESE 4

Gemeinden brauchen Netzwerke als stärkende Massnahme gegen Rechtsextremismus.

Beispiele: Die betrunkenen, randalierenden rechtsradikalen Firmlinge an der Osternacht der Pfarrei werden vom Pfarrer zu Gesprächen und Elternbesuchen eingeladen. Es stellt sich heraus, dass die Jugendlichen gut vernetzt sind, weitere Bekannte in der Region haben und diesen Sommer mit weiteren Aktionen auf sich aufmerksam machen wollen. An der Sitzung der Aktionsgruppe wird gemeinsam eine Liste erstellt mit fremdenfeindlichen Vorfällen und Übergriffen, alle Kontaktpersonen werden informiert und NCBI wird beauftragt, mit der Gruppe der Firmlinge ein Sensibilisierungsprogramm durchzuführen. Der alarmierte Pfarrer informiert auch die Organisatoren vom bevorstehenden Männerchorfest über die Vorfälle und das Potenzial der Störungen für den geplanten Anlass. Gemeinsam mit dem Zivilschutz wird ein Sicherheitsdispositiv erarbeitet und die Vereine werden informiert. Am Festabend stehen die Bauern vom Dorf zusammen und weisen die Rechtsradikalen erfolgreich weg vom Areal.

In einem anderen Dorf informiert die Schulpflege alle Eltern schriftlich bezüglich Ort und Zeit eines geplanten Treffens der patriotischen Front und lädt zum Elternabend ein. Das Treffen wird abgesagt und der Elternabend unter Leitung von NCBI wird gut besucht.

Interventionen: Bezüglich Rassismus und Rechtsextremismus im beschriebenen Umfeld müssen das Dorfkli-

ma und die Dynamik unter den Jugendlichen und zwischen verschiedenen Gruppierungen, Familien und Schulen mitberücksichtigen. Es geht nicht in erster Linie um Jugendliche, sondern um das Gemeinwesen als Ganzes. Die gewaltbereiten oder gar straffällig gewordenen jugendlichen Männer sind nur die Spitze vom Eisberg. Erfolgreiche Interventionen lassen Spielraum für Einzelfälle offen, insbesondere für den Umgang mit rechtsradikalen Jugendlichen und beziehen sich auf die spezifische Situation am Ort. Der Aufbau von Beziehungen und der menschliche Kontakt und Austausch sind dabei zentral. Strafverfolgung und abschreckende Disziplinar-massnahmen allein sind oft unzureichend und bewirken eine zunehmende Radikalisierung und Abschottung der jugendlichen (Rechts- oder Links-) Extremen. Prävention durch Bestrafung funktioniert nicht in bezug auf Einstellungen. Rechtsradikal zu denken ist kein Strafbestand, erst die rassistisch motivierte Handlung ist sträflich. Diese ist aber oft nicht fassbar und anonym.

## **THESE 5**

Konstruktive Interventionen zielen auf die schweigende Mehrheit und stärken die Zivilcourage. Täter und Tätergruppen werden miteinbezogen und angehört, aber die Veränderungen sollen die Bezugspersonen und ZeugInnen herbeiführen.

Beispiele: Die Fachstelle „Solidaritätsnetz“ von NCBI hat in Zusammenarbeit mit Lehrkräften von Schulklassen mit rechtsradikalen Jugendlichen in verschiedenen Schulen im Aargau Präventionsprogramme zum Thema Vorurteile abbauen geleitet. Die Jugendlichen bringen ihre eigenen Themenschwerpunkte ein und berichten über ihre Erlebnisse in bezug auf Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Die gruppenspezifischen Prozesse in der Klasse, auf dem Schulhof und im Dorf werden gemeinsam thematisiert. Die mündliche Teilnahme beruht auf Freiwilligkeit und kontroverse Beiträge sind willkommen. Die Nachbereitung und die Begleitung der Klasse wird von der Lehrperson übernommen.

Die LehrerInnen an einer Schule wollen dem zunehmenden Rechtsradikalismus in ihren Oberstufenklassen und auf dem Pausenplatz entgegen. Straffällig gewordene rechtsradikale Jugendliche werden einzeln geschult oder in Berufenlehren begleitet durch die LehrerInnen und

NCBI führt Sensibilisierungsprogramme in allen Oberstufenklassen durch. Anschliessend plant die Schule einen Theaterabend, an welchem verschiedene Gruppierungen von Jugendlichen sich präsentieren und dem Motto „Respect“.

In einem anderen Dorf hat NCBI eine Aussprache zwischen rechts- und linksorientierten Jugendgruppen moderiert, nachdem es im Jugendtreff Spannungen und Einschüchterungsversuche mit SMS und Emails zwischen diesen beiden Gruppen gegeben hat. Beide Seiten kamen zu Wort und die Erwachsenen der Jugendkommission sowie die Jugendarbeiterin waren auch anwesend. Nach dem ersten Abend wurde eine gemischte Arbeitsgruppe gebildet, die gemeinsam mit der Jugendarbeiterin die weitere Benutzung vom Jugendtreff für beide Gruppierungen ermöglichen soll. Die Benutzung vom Jugendtreff wurde für Jugendliche unter 18 eingeschränkt, um den Einfluss der erwachsenen Neonazis einzuschränken. Beide beschriebenen Interventionen wurden begleitet mit Artikeln in der lokalen Presse und Informationsabende die NCBI für Eltern und weitere Interessierte moderiert hat.

## **ERFOLGE**

Das Projekt „Solidaritätsnetz“ von NCBI wird in einem Bezirk und in zwei Regionen im Aargau umgesetzt. Durch die Aktivierung von Behörden und weiteren Sozialorganisationen sowie der Vernetzung mit Polizei und Fachstellen werden die Vorfälle von rassistisch motivierter Gewalt bearbeitet und die Sensibilisierung auf Fremdenfeindlichkeit wird gefördert. Engagierte Einzelpersonen handeln nicht mehr isoliert und es wurden Ansprechpersonen und Anlaufstellen für Zeugen und Opfer von Rassismus und Rechtsextremismus geschaffen. Die Präventionsarbeit wird nicht alleine den Schulen überlassen und die Vorfälle werden regional bearbeitet.

## **HERAUSFORDERUNGEN UND GRENZEN DER GEMEINWESENARBEIT**

Dort wo es nicht gelingt die ProjektinitiantInnen wirksam zu unterstützen um lokale Kontaktpersonen zu identifizieren und eine geeignete Aktionsgruppe aufzu-

bauen, kann Gemeinwesenarbeit nicht greifen. Auch wenn die Motivation und Energie der Aktionsgruppe nur auf aktuelle Vorfälle von Gewalt und Vandalismus ausgerichtet ist und repressive Massnahmen nicht mit animatorischen und pädagogischen Methoden ausbalanciert werden, kann sich die Methode der Gemeinwesenarbeit nicht entwickeln, weil das Umfeld und das Gemeinwesen als Ganzes zuwenig erreicht werden.

Die Anwendung des Antirassismugesetzes bei rassistisch motivierten Gewalttaten und in bezug auf Musik und Internet als Rekrutierungsmedien für rechtsradikale und gewaltfördernde Ideologien sind neu und herausfordernd für Polizei, Behörden, Familien und Schulen. Rechtsradikal gesinnte Familien und Dorfteile fordern das Gemeinwesen und die Abgrenzungen von privat und öffentlich heraus. Sind die fremdenfeindlich orientierten Teile eines Gemeinwesens in der Mehrheit, ist es sehr schwierig die lokalen Kontaktpersonen zu identifizieren und themenspezifisch im Bereich Rassismus zu arbeiten.

---

## EXPERTENBEITRAG 2:

### STUDIEN ZU VERBREITUNG UND ENTWICKLUNG DES RECHTSEXTREMISMUS SOWIE ANLAUF- UND BERATUNGSSTELLE RECHTSEXTREMISMUS:

### BEITRÄGE ZUR VERSACHLICHUNG DES DISKURSES ÜBER RECHTSEXTREME UND DES DIALOGES MIT ZUGEHÖRIGEN ZUR SZENE

*Franz Kohler, pms Kohler*

Anlass für meine Aufträge im Bereich des jugendlichen Rechtsextremismus war in Basel-Stadt eine 1999 geplante und durch die Polizei vereitelte Auseinandersetzung zwischen 150 Rechtsextremen und Kurden sowie im Kanton Basel-Landschaft der Durchmarsch von rund 30 skandierenden Skinheads durch Liestal anlässlich des Todestages von Rudolf Hess im Jahre 2000.

### STUDIEN

Die Basis für die Studien zur Verbreitung und Entwicklung des Rechtsextremismus in den Kantonen Basel-Stadt und Basellandschaft<sup>1</sup> bildeten Interviews mit Schlüsselpersonen aus unterschiedlichen Disziplinen, welche mit Zugehörigen zur Szene im persönlichen Kontakt standen. Interviewt wurden je Kanton rund 12 Personen aus Polizei, Justiz, Gemeindebehörden, Schulen, Jugendarbeit, zudem Skinheads selbst.

Die Ergebnisse der Studien lassen sich kurz zusammenfassend darstellen:

Rechtsextremismus unter Jugendlichen ist kein Randgruppenphänomen. Wenn wir uns die Herkunft dieser Jugendlichen ansehen, so stellen wir fest, dass es sich um Jugendliche mit weitgehend intakten Berufs- und Lebensperspektiven handelt. Die Jugendlichen stammen vorwiegend aus lokal angesehenen Familien.

Eine zweite Auffälligkeit betrifft die Beheimatung (den Wohnsitz) von Zugehörigen zur Szene: Sie sind in jenen Quartieren oder Gemeinden zu Hause, welche über einen vergleichsweise geringeren Ausländeranteil im Vergleich zu benachbarten Gemeinden mit Zentrumsfunktion verfügen.